

Titel Global Justice - Unsere internationale Verantwortung für den globalen Süden

AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Global Justice - Unsere internationale Verantwortung für den globalen Süden

1 Die Anzahl der Menschen, die von extremer Armut betroffen sind und mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskom-
2 men müssen, ist laut Weltbank weltweit von 1,89 Milliarden im Jahr 1990 auf 736 Millionen im Jahr 2015 gesunken.
3 Zwischen 1981 und 2015 nahm ihr Anteil an der Weltbevölkerung von 42% auf 10% ab. Die Millenniums-Ziele konnten
4 größtenteils erreicht werden.

5 All das hört sich nach einer Erfolgsstory an. Aber diese Zahlen täuschen darüber hinweg, dass auch im Jahr 2020 im-
6 mer noch knapp 700 Millionen Menschen von extremer Armut betroffen sind; dass im subsaharischen Afrika sogar
7 eine steigende Anzahl von Menschen unter absoluter Armut lebt, im Jahr 2015 bereits 41%, sodass laut Bundesmi-
8 nisterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2030 85% der absolut Armen in Afrika
9 leben werden; dass sich bei veränderter Armutsdefinition noch weitaus erschreckendere Zahlen offenbaren; und
10 dass Entwicklungszusammenarbeit zu dieser "Erfolgsstory" oftmals nur wenig beigetragen hat.

11 Wir brauchen deshalb eine Politik, die globale Ungleichheiten endlich ernst nimmt. Globale Gerechtigkeit ist nicht
12 nur ein Grundwert der Sozialdemokratie, sondern auch unsere Verantwortung. Die Länder des Globalen Nordens
13 haben ihren Reichtum in der Vergangenheit zu oft auf dem Rücken der Menschen des Globalen Südens aufgebaut.
14 Es braucht deshalb eine Entwicklungszusammenarbeit, die effizient Erfolge erreichen kann, zugleich aber Teil einer
15 politischen Gesamtstrategie ist, die auch Handels-, Wirtschafts-, Klima- und Sicherheitspolitik umfasst. Es geht uns
16 dabei weder um Paternalismus, Gießkannenprinzip oder kopflose finanzielle Kompensationen. Stattdessen brauchen
17 wir auch mit Entwicklungsländern Partnerschaften für Potentialbildung – in denen wir die Bringschuld haben.

18 Im Zentrum einer Politik der globalen Gerechtigkeit stehen für uns neben den Menschenrechten die Sustainable
19 Development Goals(SDGs). Wohlstand und Entwicklung sind mehr als das Bruttoinlandsprodukt, auch wenn die Be-
20 kämpfung absoluter Armut oberste Priorität hat. Alle Menschen haben ebenso ein Recht auf Bildung, saubere Um-
21 welt, körperliche Unversehrtheit, politische Mitbestimmung und vieles mehr. Es geht nicht um ein Deutschland, in
22 dem wir "gut und gerne leben". Wir brauchen eine gerechte Welt, in der alle Menschen miteinander genau dies tun.

23 **Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe**

24 Entwicklungspolitik ist keine neue Idee. Schon seit Jahrzehnten engagieren sich in diesem Rahmen Deutschland, Euro-
25 pa und andere Industrienationen für eine gerechtere Welt ohne Armut und mit universellen Menschenrechten. Trotz
26 der Lebensverbesserung für viele Menschen in den vergangenen Jahrzehnten und der Bedeutungszunahme anderer
27 Politikfelder für die Entwicklung ist eine nachhaltige und dauerhafte Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft
28 notwendig, um Armut zu bekämpfen und globale Gerechtigkeit herzustellen. Wir dürfen dabei aber nicht verkennen,
29 dass sie in vielen Ländern bisher nur teilweise zur Bekämpfung von Armut, Konflikten und Menschenrechtsverletzun-
30 gen beigetragen hat. Deshalb wollen wir Jusos den eingeschlagenen Weg von einer an manchen Stellen veralteten,
31 ineffizienten und wenig förderlichen Entwicklungshilfe zu einer progressiven, zielorientierten und effizienten Ent wick-
32 lungszusammenarbeit konsequent weitergehen. Im Zentrum steht für uns Partnerschaft statt Paternalismus, ohne
33 dabei feste Ziele und Vorgaben zu vernachlässigen. Andere, auch ärmere Staaten sind für uns primär Partner- und erst

34 sekundär Entwicklungsländer. Dabei orientieren wir uns an der Liste der Entwicklungsländer des Entwicklungsaus-
 35 schusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Einordnung der
 36 Least Developed Countries (LDCs) darf sich dabei jedoch nicht mehr nur am durchschnittlichen Einkommen orientie-
 37 ren, da dieses zumeist erhebliche Ungleichheiten innerhalb der Länder verdeckt. In der Realität gehört ein weitaus
 38 größerer Teil der Staaten zu den LDCs.

39 Die Entwicklungszusammenarbeit steht dabei vor einer grundsätzlichen Weichenstellung. Die sukzessive Abnahme
 40 der absoluten Armut führt zu einer Aufteilung in enge und weite Formen. Bei enger Entwicklungszusammenarbeit
 41 liegt der Fokus auf den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs). Hier müssen absolute Armut besei-
 42 tigt, die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse für alle Menschen gewährleistet und Staaten dabei unterstützt
 43 werden, diese öffentliche Daseinsvorsorge sukzessive selbstständig zu garantieren. Bei weiter Entwicklungszusam-
 44 menarbeit rücken neue Themenbereiche und Herausforderungen wie die Bereitstellung öffentlicher globaler Güter,
 45 beispielsweise im Fall des Klimawandels, ins Zentrum. Der Anspruch Deutschlands und der Weltgemeinschaft muss
 46 es sein, in beiden Bereichen massive Fortschritte zu erzielen.

47 *It's the finance, stupid*

48 Weltweit finanzieren 8 Staaten knapp 90% der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development As-
 49 sistance, ODA). Seit 1970 haben die ‚Geberländer‘ das vereinbarte Ziel der Vereinten Nationen, 0,7% des Bruttonatio-
 50 naleinkommens in öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, kontinuierlich unterschritten. Dass die
 51 Gelder im Jahr 2016 weltweit nur 0,21% betragen, ist für die internationale Gemeinschaft genauso ein Armutszeugnis
 52 wie die Tatsache, dass auch Deutschland diese Zielmarke seit deren Einführung notorisch verfehlt. Die schrittweise
 53 Erhöhung des Etats des BMZ auf 10,8 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2020 muss auch in den kommenden Jahren fort-
 54 geführt werden.

55 Wir fordern deshalb:

- 56 • Anstatt immer wieder nur über die Erfüllung des 2%-Ziels der Nato für Rüstungsausgaben zu diskutieren, zu-
 57 erst den finanziellen Verpflichtungen im Bereich der ODA nachzukommen und das 0,7%-Ziel ab 2021 erfüllen.
 58 Dies gilt auch für alle weiteren ‚Geberländer‘.
- 59 • Die ODA-Quote soll in Deutschland perspektivisch angehoben werden und bis 2030 1,5% des BNE betragen.
 60 Das Beispiel anderer Industriestaaten zeigt die Umsetzbarkeit dieser Forderung.
- 61 • Dass auch aufsteigende Länder wie China ihrer Verantwortung gerecht werden und einen substantiellen Bei-
 62 trag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit leisten, der nicht primär an den eigenen geopolitischen
 63 Interessen orientiert ist.

64 *Capacity Building*

65 Um öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Selbstbestimmung zu fördern, braucht es in den entsprechen-
 66 den Ländern etablierte staatliche Institutionen. Capacity building muss deshalb im Zentrum einer Entwicklungszu-
 67 sammenarbeit stehen, die vor allem strukturbildend wirkt und einen öffentlichen Sektor aufzubauen versucht. Von
 68 besonderer Bedeutung hierfür sind staatliche Steuersysteme. Nur mit einem ausreichenden Steueraufkommen von
 69 mindestens 15% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) können laut UN die SDGs erreicht werden. Studien haben jedoch
 70 gezeigt, dass die bisherige Entwicklungshilfe aufgrund der Zementierung eines schwachen Steuersystems einen ne-
 71 gativen Effekt auf die Bereitschaft der Bürger*innen, Steuern zu zahlen (tax compliance), und damit auf das Steuerauf-
 72 kommen, hatte. Entwicklungspolitik hat, dies gilt es offen einzugestehen, bisher teilweise Anreize gesetzt, schwache
 73 Staaten zu erhalten. Zurzeit entgehen afrikanischen Staaten jährlich rund 100 Milliarden Dollar an Steuergeld – das
 74 ist doppelt so viel wie die Summe der ODA, die pro Jahr nach Afrika fließt.

75 Wir fordern deshalb:

- 76 • Dass Entwicklungszusammenarbeit nicht zu einem Weniger, sondern zu einem Mehr an steuerlichem Auf-
 77 kommen beitragen muss. Dazu müssen finanzielle Mittel an die Stärkung staatlicher Steuersysteme gekoppelt
 78 werden.
- 79 • Die Staaten bei der Schließung von Steuerschlupflöchern, dem Abbau fehlgeleiteter Subventionen, dem Auf-
 80 bau einer besseren Administration, der Korruptionsbekämpfung und der Errichtung von Kapitalverkehrskont-
 81 rollen stärker zu unterstützen.

- 82 • Eine intensivere Beteiligung Deutschlands an der Ausbildung von Steuerbeamten und der Institutionalisierung
- 83 von Rechnungshöfen und Finanzministerien, weil in den Entwicklungsländern Investigation, Transparenz und
- 84 IT teilweise nur unzureichend ausgeprägt sind.
- 85 • Extraktive Industriezweige in ressourcenreichen Ländern effektiv zu besteuern, ohne staatliche Abhängigkei-
- 86 ten von einzelnen privatwirtschaftlichen Bereichen zu erzeugen.
- 87 • Die Platform for Collaboration on Tax – eine gemeinsame Institution von IWF, UN, OECD und Weltbank – stärker
- 88 zu fördern, um all diese Bemühungen international koordiniert und effizient durchführen zu können. In der
- 89 Steuerverwaltung braucht es zudem globale Standards.
- 90 • Rüstungsexporte in Krisengebiete des Globalen Südens endgültig zu verbieten.

91 *Deutsche Unternehmen in die Pflicht nehmen*

92 Dem folgend begrüßen wir den durch das BMZ initiierten verstärkten Fokus auf geregeltes privatwirtschaftliches
 93 Engagement. Der Ansatz des Marshallplans mit Afrika aus dem Jahr 2017, Reformpartnerschaften mit einzelnen Län-
 94 dern zu bilden und damit den bilateralen Beitrag Deutschlands zur G20-Vereinbarung Compact with Africa (CwA) zu
 95 leisten, ist ausdrücklich zu verfolgen. Sowohl die Förderung der Privatwirtschaft als auch die Reformfinanzierung sind
 96 für uns vielversprechende Vorhaben. Insgesamt brauchen wir mehr Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen
 97 in Afrika. Der Anteil Afrikas am Jahresumsatz deutscher Unternehmen mit aktiven Direktinvestitionen betrug laut
 98 Deutscher Bundesbank im Jahr 2017 nur 1%, nicht einmal 1000 deutsche Unternehmen sind in Afrika tätig. Nach der
 99 Einrichtung der African Continental Free Trade Area(AfCFTA) durch die Afrikanische Union (AU) und der damit ver-
 100 bundenen Vergrößerung des afrikanischen Marktes sowie dem Wegfall innerafrikanischer Handelsbarrieren sind die
 101 Investitionsbedingungen in Afrika dabei massiv verbessert worden. Um weitere Investitionen zu fördern, fordern wir
 102 deshalb:

- 103 • Mehr Verantwortungsbewusstsein deutscher Unternehmen und die Einlösung längst getätigter Versprechen,
- 104 insbesondere in Afrika stärker zu investieren – natürlich unter der Voraussetzung, dass die örtlichen staat-
- 105 lichen Regeln eingehalten und Steuern gezahlt werden sowie internationale Arbeitsstandards und Arbeit-
- 106 nehmer*innenrechte eingehalten werden. Hier könnten beispielsweise die International Labour Organization
- 107 (ILO) oder des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu Rate gezogen werden.
- 108 • Eine Reihe von Entwicklungsfonds (AfricaConnect, AfricaGrow, Wirtschaftsnetzwerk Afrika), die privatwirt-
- 109 schaftliches Engagement unterstützen, weiter zu finanzieren und auszubauen.
- 110 • Den schrittweisen Beitritt afrikanischer Länder zur African Trade Insurance (ATI).f
- 111 • Die Förderungsprojekte der einzelnen Bundesministerien sollen zusammengelegt werden, um ineffiziente Ko-
- 112 operationen und Doppelstrukturen auf deutscher Seite zu vermeiden.
- 113 • Mehr Länder sind in den Compact with Africa (CwA) aufnehmen

114 *Reformkonzept BMZ 2030 europäisch denken*

115 Teil des Marshallplans mit Afrika war auch eine stärkere sektorenbezogene Spezialisierung und länderspezifische
 116 Förderung. Diesen Ansatz weitet das BMZ in seinem Reformkonzept BMZ 2030 nun aus und wagt eine fundamentale
 117 Neustrukturierung der Entwicklungszusammenarbeit, die allein aufgrund der begrenzten Mittel sinnvoll ist. Ziel des
 118 BMZ 2030 ist neben internen Strukturreformen die Zentrierung der bilateralen Zusammenarbeit auf die Kernthemen
 119 ‚Welt ohne Hunger und Armut‘, ‚Friedenssicherung‘, ‚Ernährungssicherung‘, ‚Ausbildung und nachhaltiges Wachstum‘,
 120 ‚Klima und Energie‘ sowie ‚Umwelt und natürliche Ressourcen‘. Hinzu kommen Initiativthemen wie ‚Bevölkerungsent-
- 121 wicklung und Familienplanung‘, ‚nachhaltige Lieferketten‘ und ‚Digitalisierung‘. In der multilateralen Zusammenarbeit
 122 werden auch andere Themen weiterverfolgt. Unabhängig dieser thematischen Spezialisierung muss die Überwindung
 123 von Hunger und Armut aus unserer Sicht das übergeordnete Ziel bleiben – und zwar in allen Ländern weltweit. Hierzu
 124 zählt insbesondere sauberes Trinkwasser, zu dem laut UNICEF auch im Jahr 2020 2,2 Milliarden Menschen weltweit
 125 noch keinen regelmäßigen Zugang haben.

126 Darüber hinaus soll im Prozess des BMZ 2030 bis 2023 die Entwicklungszusammenarbeit von 85 auf 60 Länder re-
 127 duziert werden. Die staatliche Zusammenarbeit mit den anderen 25 Staaten soll, aufgrund der nicht vorhandenen

128 Erfüllung von Konditionen oder einer nicht mehr benötigten Unterstützung, eingestellt, privatwirtschaftliche und zivil-
129 gesellschaftliche Kooperation jedoch fortgeführt werden. Hinzu tritt ein neues Partnerschaftsmodell mit bilateralen,
130 globalen sowie Nexus- und Friedenspartnern.

131 Grundsätzlich unterstützen wir diese Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik. Die Tendenz ‚Weg von der
132 Gießkanne‘ hin zu zielgenauerer Förderung ist dringend notwendig, auch im Hinblick auf die bisher sehr hohen Per-
133 sonalkosten selbst bei geringer örtlicher Präsenz. Zudem leistet das Reformkonzept einen wichtigen Beitrag zur Ver-
134 einheitlichung einer fragmentierten Programmlandschaft. Die Mitgliedsländer der zukünftigen bilateralen Partner-
135 schaften müssen jedoch überdacht werden. So steigt laut BMZ zwar der relative Anteil der LDCs an den bilateralen
136 Partnerschaften von 39% auf 42%. Absolut gesehen geht die Anzahl der durch Deutschland unterstützten LDCs aber
137 zurück.

138 Wir fordern deshalb in der Länderauswahl und Partnerschaftsgestaltung:

139 • Den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit auf LDCs zu legen. Das Ziel der Agenda 2030 und der Addis Ab-
140 aba Action Agenda, 0,15% des Bruttonationaleinkommens für LDCs auszugeben – zu denen sich Deutschland
141 verpflichtet hat – muss hier Berücksichtigung finden.

142 • Den fast vollständigen Rückzug aus Lateinamerika zu überdenken, ebenso den momentanen Stopp der staat-
143 lichen Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar. Wir wünschen uns einen Mittelweg, der Menschenrechte
144 ins Zentrum stellt, aber auch die Notwendigkeit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar
145 anerkennt.

146 • Den fast vollständigen Rückzug aus Lateinamerika zu überdenken, ebenso den momentanen Stopp der staat-
147 lichen Entwicklungszusammenarbeit mit Myanmar.

148 • Bilaterale Partnerschaften zu forcieren und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit darauf auszurichten,
149 in diesem Modell möglichst viele Reformpartnerschaften zu schließen.

150 • Im Bereich der Nexus-Partnerschaften Vermischungen von militärischen Mandaten und humanitärer Hilfe
151 zu verhindernden Rückzug Deutschlands aus Entwicklungsländern nur durchzuführen, wenn durch ausrei-
152 chende Koordination garantiert werden kann, dass andere ‚Geberländer‘ sich stärker und zielgerichteter in
153 den entsprechenden Ländern engagieren. bei einem Rückzug Deutschlands aus einem Entwicklungsland soll
154 sichergestellt werden, dass laufende Projekte von anderen Staaten, NGOs oder bestenfalls einheimischen
155 Trägern übernommen und weitergeführt werden. Es gilt zu verhindern, dass politische Entscheidungen die
156 praktische Arbeit vor Ort beeinträchtigen.

157 • Den Rückzug Deutschlands aus Entwicklungsländern nur durchzuführen, wenn durch ausreichende Koordina-
158 tion garantiert werden kann, dass andere ‚Geberländer‘ sich stärker und zielgerichteter in den entsprechenden
159 Ländern engagieren.

160 • Die Spezialisierung der Entwicklungspolitik einzelner Staaten auf bestimmte Themen und Entwicklungsländer
161 in einer mindestens auf europäischer Ebene abgestimmten Strategie umzusetzen. Nur dadurch können ein-
162 zelne Staaten ihre Wissensvorsprünge gewinnbringend einsetzen und effektive Entwicklungszusammenarbeit
163 leisten, ohne einzelne Entwicklungsländer zu vernachlässigen.

164 • Die thematische Flexibilität Deutschlands teilweise zu erhalten. Dass im Reformkonzept Themen wie Frau-
165 en*rechte oder Grundbildung eine nachgeordnete Rolle einnehmen, ist für uns nicht hinnehmbar, solange
166 keine andere Industrienation federführend die Verantwortung für diese Bereiche übernimmt.

167 • Den Plan, Gesundheitspolitik an private Träger bzw. multilaterale Zusammenarbeit outzusourcen, nicht um-
168 zusetzen. Dass Gesundheitsförderung weiter Teil bilateraler Zusammenarbeit bleiben muss, zeigt die Corona-
169 Pandemie. Zwar sind private und zivilgesellschaftliche Akteure für eine erfolgreiche Bekämpfung weltwei-
170 ter Krankheiten unerlässlich und Kooperationen zwingend notwendig, Gesundheitspolitik aber bleibt primär
171 staatliche Verantwortung.

172 • Einheimische Betriebe zu fördern und bevorzugt bei Projekten einzusetzen, um sicherzustellen, dass durch
173 die Wirtschaftsleistung in erster Linie die betroffenen Länder profitieren.

174 • Den Plan, Gesundheitspolitik an private Träger bzw. multilaterale Zusammenarbeit outzusourcen, nicht um-
 175 zusetzen. Dass Gesundheitsförderung weiter Teil bilateraler Zusammenarbeit bleiben muss, zeigt die Corona-
 176 Pandemie. Zwar sind private und zivilgesellschaftliche Akteure für eine erfolgreiche Bekämpfung weltwei-
 177 ter Krankheiten unerlässlich und Kooperationen zwingend notwendig, Gesundheitspolitik aber bleibt primär
 178 staatliche Verantwortung. die Zusammenarbeit mit UNICEF, dem United Nations Development Programme
 179 (UNDP) und der UNHCR weiter auszubauen.

180 Internationale, insbesondere europäische Koordination ist für uns unabdingbar, um eine effizientere Entwicklungs-
 181 politik zu ermöglichen. Gerade die Fragmentierung der Gelder, die nachweislich negative Einflüsse auf die Wachstumszahlen in
 182 Entwicklungsländern hat, gilt es zu vermeiden. Auch muss eine zu starke Volatilität der finanziellen
 183 Mittel verhindert werden, um Projekte nachhaltig durchführen und Planbarkeit garantieren zu können. Eine Spezialisierung
 184 nach Ländern im Rahmen des BMZ 2030 muss deshalb neben einer Verstetigung der Gelder auf EU-Ebene in
 185 einem gemeinsamen Budget auch die Harmonisierung der Entwicklungspolitik durch objektive Standards und kon-
 186 ventionalisierte Unterstützungsformen in den Blick nehmen.

187 Wir fordern deshalb für die kommenden Monate:

188 Diese europäische Kooperation der Entwicklungszusammenarbeit ist auch aus geostrategischer Sicht geboten, um
 189 etwaige Lücken zu verhindern, die in Afrika insbesondere China ausfüllen könnte. So sehr wir ein entwicklungspolitisches
 190 Engagement der Volksrepublik begrüßen und für notwendig erachten, müssen wir doch konstatieren, dass
 191 China in Afrika vordergründig auch geopolitische Interessen verfolgt. Dies gilt es in der deutschen Außenpolitik kritisch
 192 anzusprechen, ebenso wie mögliche entwicklungspolitische Kooperationen mit China auf dem afrikanischen
 193 Kontinent auch über die Zusammenarbeit als "globale Partner" im Rahmen von BMZ 2030 hinaus auszuloten sind.

194 *Reform der europäischen Agrarpolitik* Die europäische Agrarpolitik ist ein Hauptgrund für die wirtschaftliche Not vieler
 195 Kleinbauern in Afrika. Mit geringen Korrekturen könnte vielmehr Gerechtigkeit hergestellt werden und eine solidarische
 196 und nachhaltige Sicherung der Welternährung stattfinden. Durch den subventionierten Export aus der EU, vor
 197 allem von Hühnerfleisch, Getreide und Milch, werden die Märkte der Staaten des globalen Südens, in welchen ein
 198 Großteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig ist, erheblich belastet. Auch in der eigenen Agrarproduktion
 199 wird oftmals auf platzraubende Exportmittel, wie Soja, Baumwolle oder Kakao, gesetzt, was der eigenen Nahrungs-
 200 versorgung schadet. Daher setzen wir uns für eine generelle Reform der europäischen Agrarpolitik ein und fordern:

- 201 • Den Einsatz für die stärkere Unabhängigkeit der Märkte des globalen Südens von Nahrungsmittelimporten.
- 202 • Den Einsatz für die Umstrukturierung internationaler Agrarfördergelder: Weg vom internationalen Unternehmen,
 203 hin zum lokalen Landwirtschaftsbetrieb.
- 204 • Die Regulierung der Agrarexporte aus der EU, insbesondere von Fleisch, Milch und Weizen. Lokale Produktionen
 205 darf nicht geschadet werden und Abhängigkeiten müssen abgebaut werden.
- 206 • Das Ende der bisherigen Praxis der EU-Agrarsubventionen nach dem Gießkannen-Prinzip.
- 207 • Ausschließlich Förderung von nachhaltigen Betrieben innerhalb der EU.
- 208 • Die Regulierung der Futtermittel-Importe der EU durch die Förderung des Anbaus von eiweißreichen Futter-
 209 mitteln innerhalb der EU.

210 Die EU muss sich dafür einsetzen, dass das Recht auf Nahrung unverbrüchlich feststeht, dass kleine und lokale Un-
 211 ternehmen in den Ländern des globalen Südens, sowie solche mit agrarökologischen Anbaumethoden, gefördert
 212 werden.

213 Diese europäische Kooperation der Entwicklungszusammenarbeit ist auch aus geostrategischer Sicht geboten, um
 214 etwaige Lücken zu verhindern, die in Afrika insbesondere China ausfüllen könnte. So sehr wir ein entwicklungspolitisches
 215 Engagement der Volksrepublik begrüßen und für notwendig erachten, müssen wir doch konstatieren, dass
 216 China in Afrika vordergründig auch geopolitische Interessen verfolgt. Dies gilt es in der deutschen Außenpolitik kritisch
 217 anzusprechen, ebenso wie mögliche entwicklungspolitische Kooperationen mit China auf dem afrikanischen
 218 Kontinent auch über die Zusammenarbeit als "globale Partner" im Rahmen von BMZ 2030 hinaus auszuloten sind.

219 *Demokratisierung und Good Governance sind kein Nice-to-have*

220 Die mit BMZ 2030 verstärkte Koppelung der Entwicklungszusammenarbeit an Good Governance, Demokratie und
 221 Menschenrechte war zwingend notwendig. Insbesondere die Reformpartner müssen künftig mehr Eigenleistung er-
 222 bringen, eine gute Regierungsführung nachweisen, Korruption erfolgreich bekämpfen und die Menschenrechte wah-
 223 ren. Dass jedes Jahr etwa 50 Mrd. Dollar aus Afrika auf illegalem Weg abfließen – dies entspricht in etwa der ODA für
 224 Afrika – , zeigt, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Eine Reihe von Studien hat gezeigt, dass die bishe-
 225 rige Entwicklungshilfe keinen Effekt auf die Demokratisierung hatte – weder einen positiven z.B. durch technische
 226 und administrative Unterstützung, Konditionalität oder Bildung und Wachstum, noch einen negativen z.B. durch Ab-
 227 hängigkeit von Geberländern, Korruption oder Übergehung des Parlaments. Dabei sind die schrittweise Abschaffung
 228 sogenannter ‚extraktiver Institutionen‘ und die Institutionalisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht nur
 229 Konditionen der Entwicklungszusammenarbeit, sondern selbst essenzielle Voraussetzungen für eine nachhaltige Ent-
 230 wicklung.

- 231 • Die Einstufung von Reformpartnerschaften insbesondere anhand des Korruptionswahrnehmungsindex von
 232 Transparency International konsequent und transparent durchzuführen.
- 233 • Die Einstufung von Reformpartnerschaften insbesondere anhand des Korruptionswahrnehmungsindex von
 234 Transparency International und des Doing Business Index der Weltbank konsequent und transparent durch-
 235 zuführen.
- 236 • In engeren Partnerschaften stärkere Verpflichtungen mit evidenzbasiertem Monitoring stetig zu evaluieren.
- 237 • Die örtlichen Politiker*innen gegenüber den Bürger*innen stärker verantwortlich zu machen, beispielsweise
 238 durch effektive Steuersysteme nach der Devise „No taxation without representation“.

239 *Transparenz stärken*

240 Grundlegende Veränderung geht immer auch von der Zivilgesellschaft aus. Wer sich in seinem Land allerdings be-
 241 teiligen möchte, muss informiert sein. 90% der Menschen, die auf dem afrikanischen Kontinent leben haben keinen
 242 Zugang zu Informationen über ihren nationalen Haushalt. Transparenz für die Bürger*innen in Entwicklungsländern
 243 fördert nicht nur die Demokratisierung, sondern ist effektivste Korruptions- und Armutsbekämpfung, sowie Garant
 244 für den Einsatz von nachhaltigem Wirtschaften. Es ist daher unbedingt erforderlich, dass wir uns dafür einsetzen,
 245 dass Gesellschaften in Entwicklungsländern Zugang zu Informationen bekommen und informiert werden. Der Grad
 246 der Maßnahmen variiert je nach Voraussetzungen und politischer Situation der jeweiligen Länder, doch kommt dem
 247 Einsatz für Transparenz supranational Bedeutung zu. Deshalb fordern wir:

- 248 • Unterstützung von NGOs und anderen zivilen und staatlichen Verbänden, die sich für mehr Transparenz ein-
 249 setzen und mit den lokalen Communities zusammenarbeiten. (Transparency & Accountability Initiative)
- 250 • Haushaltsinformationen sollen online zur Verfügung gestellt werden, mindestens in digitalen Dateiformaten.
 251 Wo möglich sollen die Informationen mit erklärenden Graphiken oder anderen digitalen Hilfen, wie Apps,
 252 zugänglicher gemacht werden.
- 253 • Die Informationen sollen auch in lokalen Sprachen zur Verfügung gestellt werden und wo es geht sollen zu-
 254 sätzlich zu den originalen Informationen vereinfachte, nicht jedoch verfälschte, Aufbereitungen zur Verfügung
 255 gestellt werden.
- 256 • Die Kommunikation zwischen Regierungsvertretern oder Abgeordneten und den lokalen Communities soll
 257 mit dem Ziel von mehr Transparenz gefördert werden. Dazu müssen vielerorts die Gesprächs- oder allgemein
 258 die Kommunikationskanäle geschaffen oder verbessert werden. Insbesondere mit digitaler Hilfe, wie eigenen
 259 Websites oder Apps, soll das zeitnahe Feedback verbessert werden, damit klar wird, welche Projekte vor Ort
 260 entscheidend sind und wo Hilfe benötigt wird.
- 261 • Die örtlichen Politiker*innen gegenüber den Bürger*innen stärker verantwortlich zu machen, beispielsweise
 262 durch effektive Steuersysteme nach der Devise „No taxation without representation“.

263 *Evaluation und Monitoring stärken*

264 Effektive und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist auf eine gute Evaluation und ein dauerhaftes Monitoring
 265 angewiesen. In den vergangenen Jahren haben sowohl zivilgesellschaftliche als auch institutionelle Akteure diese
 266 Kapazitäten ausgebaut und wichtige Fortschritte erzielt. Ausgehend von der Paris-Erklärung findet international ei-
 267 ne zunehmend einheitliche, aber weiter ausbaubare Evaluation statt, die zu Kongruenz zwischen den Policies der

268 ‚Geberländer‘ führt. Die Prinzipien der Aid effectiveness sind Leitlinien effizienter Entwicklungspolitik: Ownership,
269 Alignment, Harmonisation, Managing for results, Accountability. Diesen Weg gilt es konsequent fortzuführen. Hierzu
270 fordern wir:

- 271 • Die wissenschaftliche Evaluation (evidence based) weiter auszubauen.
- 272 • Forschung zu fördern, die ganz konkret anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse, auch randomisierter Feld-
273 studien, Entwicklungsstrategien entwickelt und wissenschaftlich begleitet.
- 274 • Den Entwicklungsländern die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Begleitung ihrer Politik zur Verfügung zu
275 stellen.
- 276 • NGOs zunehmend durch unabhängige Akteure bzw. staatliche Institutionen extern evaluieren zu lassen.
- 277 • Im Verbund mit einer Gesamtstrategie spezialisierte und effiziente NGOs stärker zu fördern. Transparente
278 Vergabekriterien sind hierzu in allen Bereichen unerlässlich.
- 279 • Die Allokation in Partnerländern zu beachten und darauf abzielen, regionale Ungleichheiten nicht weiter zu
280 verstetigen.
- 281 • Zielgruppen frühzeitig an der Implementierung der Maßnahmen zu beteiligen.

282 *Entwicklungshelfergesetz (EhfG) reformieren*

283 Das Entwicklungshelfergesetz (EhfG) setzt die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von freiwilligen Ent-
284 wicklungshelfer*innen, die ohne Erwerbsabsicht, also ohne Gehalt, sondern nur mit Geld, das den Unterhalt sichert,
285 in Entwicklungsländer entsandt werden. Die Entwicklungshelfer*innen verdienen damit deutlich weniger als andere
286 Entsandte von Entwicklungsorganisationen und leisten einen zeitlich befristeten solidarischen Dienst. Die Arbeitsge-
287 meinschaft der Entwicklungsdienste e.V. ist seit 1993 der Dachverband der sieben Entwicklungsdienste in Deutsch-
288 land, die vom BMZ als ‚Träger des Entwicklungsdienstes‘ anerkannt sind und die deutsche Entwicklungszusammen-
289 arbeit durch die Entsendung von berufserfahrenen Fachkräften unterstützen. Die im EhfG 1969 erfolgte soziale Absi-
290 cherung der Entwicklungshelfer*innen mit Kranken- und Rentenversicherung war dringend notwendig. Derzeit sind
291 rund 1.130 Fachkräfte in über 90 Ländern im Entwicklungsdienst tätig, das sind 50% weniger als noch vor zehn Jahren.
292 Vor allem im Bereich der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ist die Zahl der Entwicklungshelfer*innen rück-
293 läufig. In den letzten Jahren verschieben sich die Anforderung vor allem zu Fachkenntnissen in Klimaschutz, Trauma-
294 Pädagogik oder Digitalisierung. Der Entwicklungsdienst im Rahmen der EhfG muss weiter gestärkt werden, denn
295 er ist nicht nur ein wichtiges Instrument einer finanziell effizienten, breitgetragenen Entwicklungszusammenarbeit,
296 sondern auch der Völkerverständigung. Wir wollen deshalb:

- 297 • Die Ergebnisse der Studien des Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) aus
298 den Jahren 2015 und 2016 konsequent umsetzen.
- 299 • Die Arbeit als Entwicklungshelfer*in wieder stärker in den Fokus rücken, da sie meist sinnvoll und nachhaltig
300 ist.
- 301 • Die Arbeit als Entwicklungshelfer*in wieder stärker in den Fokus rücken, da sie weitaus sinnvoller und nach-
302 haltiger ist als FSJs oder private Hilfsdienste im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.
- 303 • Die sehr steife und formale Zusammenarbeit im Rahmen des EhfG flexibilisieren, die Integration in der Pro-
304 jektplanung und -durchführung verbessern sowie die lokale Anbindung stärken.
- 305 • Neben dem Austausch zwischen Deutschland und den Entwicklungsländern auch einen besseren Süd-Nord-
306 als auch Süd-Süd-Austausch.

307 *Weltwärts: Interkulturellen Austausch fördern*

308 Es gibt zahlreiche Programme, mit denen heute junge Menschen in das Ausland gehen und an verschiedensten Pro-
309 jekten teilnehmen. Hinzu kommen private Initiativen, welche ohne Trägerorganisationen arbeiten. Viele dieser Pro-
310 gramme sind nur sehr eingeschränkt sinnvoll, was verschiedenste Gründe hat: Zum einen ermöglichen sogenannte
311 Kurzeiteinsätze oft kaum eine Eingewöhnungszeit in die Kultur des Landes und damit verbunden kaum effektive
312 Arbeit im Projekt vor Ort. Zum anderen ist die Ausrichtung vieler Programme problematisch. Teilweise werden Frei-
313 willige an Stellen gesendet, an denen sie überflüssig sind oder ihre Anwesenheit sogar kontraproduktiv ist, so oft in

314 der Kinder- und Jugendarbeit, teilweise besetzen sie auch Stellen die von einheimischen Fachkräften besetzt werden
315 können und dienen so nur als kostengünstige Arbeitskraft, welche den Beruf von Einheimischen ausübt. Es gibt aber
316 auch Programme, die den Fokus auf den interkulturellen Austausch legen, mit einer intensiven Vorbereitung ver-
317 bunden sind und ausschließlich in zertifizierte und der Entwicklungszusammenarbeit dienende Projekte gesendet
318 werden. Solche Programme gilt es auszubauen und dabei zu betonen, dass die Freiwilligen nicht ins Ausland gehen,
319 um dort zu 'entwickeln', sondern um selbst wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die sie dann nach ihrer Heimkehr
320 in Deutschland einbringen können, um auf eine tolerantere, interkulturellere und international vernetztere Gesell-
321 schaft hinzuarbeiten. Dieser Austausch muss beidseitig stattfinden, also auch in der Süd-Nord oder auch Süd-Süd
322 Komponente. Wir fordern daher:

- 323 • Ausbau und Förderung des Weltwärts-Programms des BMZ.
- 324 • Förderung solcher Organisationen, die in zertifizierte Langzeitprojekte entsenden.
- 325 • Ausbau der Süd-Nord Komponente, also zur Verfügungstellung von deutschen Projekten, die Freiwillige aus
326 dem globalen Süden aufnehmen, sowie Bereitstellung von finanzieller Unterstützung.
- 327 • Einsatz für Betonung des Zieles solcher Dienste auf Vorbereitungstreffen, um Freiwillige für gesellschaftliche
328 und globale Zusammenhänge zu sensibilisieren.
- 329 • Förderung von Programmen, welche sich mit interkultureller Kommunikation auseinandersetzen und insbe-
330 sondere zur Verfügungstellung von Anlaufstellen für im Ausland lebende Menschen aus dem globalen Süden.
- 331 • Neben dem Austausch zwischen Deutschland und den Entwicklungsländern auch einen besseren Süd-Nord-
332 als auch Süd-Süd-Austausch.

333 *Unsere tägliche Verantwortung*

334 Deutsche Entwicklungspolitik allein kann die globalen Probleme unserer Zeit nicht lösen. Es braucht europäische
335 und internationale Lösungen, aber auch diese müssen von zivilgesellschaftlichem und individuellem Engagement
336 flankiert werden. Spenden haben für uns eine zentrale Bedeutung und können schon in kleinem Ausmaße Großes
337 beitragen. Deshalb sympathisieren wir mit einzelnen Anliegen politikphilosophischer Richtungen wie des Effektiven
338 Altruismus und von Plattformen wie Giving What We Can, die individuelle Spendenbereitschaft mehr in den Fokus
339 zu rücken und die Spendenwege in und Effizienz von NGOs transparent zu machen versuchen. Weil viele NGOs in
340 der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutsame Arbeit leisten, ist es umso wichtiger, dass jede*r diese stärker
341 und einfacher fördern kann. Klar ist aber auch: Spenden können zwar einen großen Unterschied machen, jedoch
342 genauso zur Stabilisierung ungerechter Systeme beitragen. Um die langfristigen Herausforderungen zu bewältigen
343 und globale Gerechtigkeit wirklich zu realisieren ist deshalb strukturelle Kritik an der internationalen Wirtschaftsord-
344 nung, einzelnen Lebensweisen und dem globalen politischen System unerlässlich. Wir Jusos wollen nicht nur das Spiel
345 gerechter spielen – wir wollen die Spielregeln verändern.

346 **Globale Krankheitsbekämpfung ernst nehmen**

347 Krankheiten kennen keine Landesgrenzen. Umso wichtiger, dass wir Gesundheitspolitik nicht mehr als nationale,
348 sondern als globale Aufgabe verstehen. Die Corona-Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, dass Alleingänge
349 einzelner Staaten sogar schaden - die Ausbreitung von Krankheiten jeglicher Art können wir nur gemeinsam verhin-
350 dern!

351 Unsere Vision lautet, dass ausnahmslos alle Menschen weltweit durch ein funktionierendes Gesundheitssystem abge-
352 sichert sind, Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und professioneller medizinischer Behandlung haben. Dazu
353 braucht es den entschiedenen Einsatz von öffentlichen Organisationen und Institutionen, denn bereits in der Vergan-
354 genheit wurde spürbar, dass Budgetkürzungen, Privatisierungen und Deregulierungen im Gesundheitswesen große
355 Schäden hinterlassen haben. Trauriges Beispiel ist die Ebola-Epidemie 2014-2016 in Westafrika: In Ländern wie Libe-
356 ria und Sierra Leone, in denen jahrelange Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF)
357 die öffentlichen Gesundheitsstrukturen zerstört oder den Aufbau solcher verhindert haben, war die Ausbreitung des
358 Ebola-Virus nur schwer unter Kontrolle zu bringen. Diese Umstände forderten weitaus mehr Todesopfer als in Staa-
359 ten wie Senegal und Nigeria, deren Gesundheitssysteme zwar ebenfalls angeschlagen, aber besser aufgestellt waren.
360 Hieraus müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden!

361 Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nimmt aus unserer Sicht eine Schlüsselrolle auf diesem Feld ein und muss
362 dringend gestärkt werden: Aktuell ist sie allerdings chronisch unterfinanziert. Ihr jährliches Gesamtbudget von 2,6
363 Mrd. Euro wird den enormen Herausforderungen der globalen Gesundheitsversorgung nicht gerecht, zumal lediglich
364 440 Mio. Euro als Pflichtbeiträge der UN-Mitgliedsstaaten zur freien Verfügung stehen. Der überwiegende Rest sind
365 zweckgebundene Mittel und stammen oftmals aus privaten Organisationen wie Stiftungen - die wiederum in keiner
366 Weise demokratisch legitimiert sind.

367 Die Corona-Krise intensiviert die dadurch entstehenden Probleme – beispielsweise den Einfluss Privater auf die Her-
368 stellung und Verteilung von Impfstoffen sowie Medikamenten – nur noch. Als Jusos sehen wir mehr denn je Staaten
369 in der Verantwortung, Gesundheit als globales öffentliches Gut zu verstehen und nicht dem Markt zu überlassen. Die
370 WHO selbst empfiehlt, für gesundheitsbezogene Entwicklungsarbeit 0,1% des Bruttonationaleinkommens aufzubrin-
371 gen. Die Bundesrepublik hinkt dieser Forderung jedoch hinterher und kommt auf gerade einmal 0,03%.

372 Gleichzeitig darf der Kampf gegen COVID-19 keinesfalls dazu führen, dass insbesondere im Globalen Süden verbrei-
373 tete Infektionskrankheiten wie Malaria, Tuberkulose, West-Nil-Fieber etc. aus dem Blick der Forschungsförderung
374 geraten. Auch unabhängig der Corona-Pandemie orientiert sich die Entwicklung von Arzneimitteln und Impfstoffen
375 meist am Bedarf von Industrieländern und den Profitinteressen von Pharmakonzernen. Wir wollen dagegen, dass
376 durch eine solidarische internationale Gesundheitspolitik die Eindämmung von Krankheiten in den Fokus gerückt
377 wird, die sich im Umfeld von Armut schnell ausbreiten. Hierzu muss die Abhängigkeit der Länder des Globalen Sü-
378 dens von internationalen Lieferketten und großen Pharmaunternehmen überwunden und stattdessen die dezentrale
379 Produktion von Medikamenten angekurbelt werden.

380 Wir fordern deshalb konkret:

381 • Im Haushalt der Bundesrepublik schnellstmöglich mindestens 0,1% des Bruttonationaleinkommens, also rund
382 3,5 Mrd. Euro, für gesundheitsbezogene Entwicklungszusammenarbeit einzustellen.

383 • Die Einrichtung eines internationalen Fonds zur Umsetzung einer öffentlichen Basisgesundheitsversorgung
384 mit dem Schwerpunkt auf den LDCs.

385 • Verstärktes Engagement im Kampf gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria durch Unterstützung des Global
386 Fund, für dessen Unterstützung die Geldmittel gesteigert werden sollen.

387 • Die Einrichtung eines internationalen Fonds zur Umsetzung einer öffentlichen Basisgesundheitsversorgung
388 mit dem Schwerpunkt auf den LDCs.

389 • Den Auf- und Ausbau von leistungsfähigen staatlichen Gesundheitssystemen in Ländern des globalen Südens
390 zu unterstützen - durch die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die bereits bestehenden entwicklungs-
391 politischen Partnerschaften der einzelnen Bundesländer.

392 • Ebenso die Unterstützung von Forschungs- und Produktionsstrukturen im Bereich von Medikamenten- und
393 Impfstoffentwicklung sowie -Herstellung im Globalen Süden.

394 • Die Einschränkung des Einflusses privater Sponsoren und Stiftungen auf sensible Bereiche wie die Herstel-
395 lung von Verteilung von Arzneimitteln. Stattdessen sollen derzeit öffentlich-private Organisationen wie die
396 Internationale Impfallianz GAVI in gut ausgestattete Strukturen der UN überführt werden.

397 Ausbreitung von Krankheiten. Diese Folgen sind ihrerseits die Hauptgründe für große Flucht- und Migrationsbewe-
398 gungen. Die Bekämpfung des Klimawandels hat daher auch zum Ziel, Konflikte zu verhindern oder im besten Fall
399 zu beenden. Dabei ist die Bezeichnung ‚Klimaflüchtling‘ teilweise irreführend, denn Menschen, die aus ihren Hei-
400 matländern fliehen, weil diese aufgrund des Klimawandels für immer unbewohnbar geworden sind, haben keine
401 Rückkehrperspektive. Insofern müssen ihnen mehr Rechte als der Flüchtlingsstatus zugeschrieben werden.

402 Neben einer ambitionierten Klimapolitik in Deutschland, Europa und der Welt fordern wir auf internationaler Ebene
403 ganz konkret:

404 • Ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen und die Einhaltung der selbst gesetzten Ziele.

405 • Die Aufnahme des UNEP in den Ständigen Interinstitutionellen Ausschuss (IASC) der UN, um die Umweltdi-
406 mension humanitärer Katastrophen einzubinden.

- 407 • Die Entbürokratisierung von Auslandseinsätzen der Rettungsdienste wie DRK, THW u. a. im Katastrophenfall. eine Überprüfung des Delegiertenschlüssels für Gremien wie z.B. die Conference of the Parties (COP) der UNFCCC.
- 408
- 409
- 410 • Den Green Climate Fund als zentrales Finanz(kontroll)instrument zu etablieren, über das alle Finanztransfers und Investitionen für Mitigation und Adaption an den Klimawandel laufen.
- 411
- 412 • Von Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß, dass sie anstelle von Ausgleichszahlungen dieses Geld in Projekte vor Ort investieren, beispielsweise in den Aufbau von Binneninfrastruktur, dezentraler Energieversorgung, erneuerbaren Energien oder in Wiederaufforstung, die (Wieder-)Herstellung nachhaltiger Landwirtschaft, Bodensanierung und in die entsprechende Ausbildung von Fachkräften – unter der Prämisse, dass die Unternehmen damit keinen Profit generieren, sondern ihren CO₂-Ausstoß bezahlen.
- 413
- 414
- 415
- 416
- 417 • Hierzu gehört auch, Partnerschaften zwischen Stakeholdern aus Globalem Norden und Globalem Süden zu fördern. Der Adaptionsfonds soll hierfür als Austauschplattform dienen.
- 418
- 419 • Sanktionen gegen Länder, die in erheblichem Maße gegen ihre Klimaziele verstoßen, bei diesen aber bessere Zusammenarbeit zwischen deutschen Investoren und Klima- sowie Umweltschutzakteuren. Beispielweise ist der Amazonas-Regenwald eine Ausgleichsfläche für die Emissionen deutscher Firmen und gleichzeitig Lebensgrundlage für die indigenen Völker Brasiliens. Sein Erhalt ist von gemeinsamem Interesse.
- 420
- 421
- 422
- 423 • Sanktionen gegen Länder, die ihre Klimaziele ignorieren, bei diesen aber bessere Zusammenarbeit zwischen deutschen Investoren und Klima- sowie Umweltschutzakteuren. Beispielweise ist der Amazonas-Regenwald eine Ausgleichsfläche für die Emissionen deutscher Firmen und gleichzeitig Lebensgrundlage für die indigenen Völker Brasiliens. Sein Erhalt ist von gemeinsamem Interesse.
- 424
- 425
- 426
- 427 Quoten in Aufsichtsräten, Upskirting-Verbot, Paritätsgesetze - in Deutschland hat sich in letzter Zeit einiges getan, was Frauen* mehr Rechte verschafft hat. Wahlrecht und wirtschaftliche Unabhängigkeit sind mittlerweile Selbstverständlichkeiten. Im Globalen Süden ist es um die Rechte der Frauen* meist schlechter bestellt. Die Priorität des Feminismus? „Que no nos maten“, dass sie, die Männer, uns nicht töten. Frauen* sind im Globalen Süden vergleichsweise viel stärker von ökonomischen und strukturellen Ungleichheiten betroffen. Besonders in den weniger Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg 2020Karlsruhe, 19./20. September 202013 / 24 privilegierten Gesellschaftsschichten sind sie oft stark abhängig von ihren Vätern, Brüdern oder Ehemännern. Sie besitzen weniger Zugang zu Bildung, schlechtere medizinische Versorgung (gerade in der Gynäkologie), kein eigenes Kapital oder keinen eigenen Beruf, der ihnen Selbstständigkeit ermöglichen könnte. Zudem sind sie die Hauptleidtragenden von Kriegen, Konflikten und Klimawandel. Wenn wir uns mit Frauen*rechten im Globalen Süden befassen, müssen wir also von anderen Lebensrealitäten ausgehen. Feminismus setzt dort andere Prioritäten als in Deutschland und ist strukturell anders aufgebaut.
- 438

439 **Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung von Frauen***

440 *Risikofaktor Gebärmutter*

- 441 Die Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung von Frauen* muss einen deutlich höheren Stellenwert erhalten.
- 442 Wir fordern für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Globalen Süden:
- 443 • Finanzielle, fachliche und technische Unterstützung von Stätten medizinischer, insbesondere gynäkologischer Grundversorgung sowie der Ausbildung von Personal dafür vor Ort und, wo nötig, den Schutz durch Sicherheitsdienste.
- 444
- 445
- 446 • Den Einsatz für straffreie und letztlich legale Schwangerschaftsabbrüche bis zum 3. Monat sowie Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ländern des Globalen Südens beim Aufbau von Familienzentren und Beratungsstellen (à la Planned Parenthood).
- 447
- 448
- 449 • Die Aufhebung des §219a im StGB und in Folge den Einsatz für eine weltweite Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zum 3. Monat sowie Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ländern des Globalen Südens beim Aufbau von Familienzentren und Beratungsstellen (à la Planned Parenthood).
- 450
- 451
- 452 • Anerkennung von sexualisierter Kriegsgewalt als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

453 *Das bisschen Haushalt*

454 Weltweit leisten Frauen* den Löwenanteil der Care-Arbeit im Haushalt, in der Kinderbetreuung und in der Pflege
 455 hilfsbedürftiger Angehöriger. In Ländern des Globalen Südens sind sie oft zwar nicht Hauptverdienerinnen*, aber
 456 Hauptversorgerinnen*, indem sie Lebensmittel selbst anbauen und verarbeiten. Diese Arbeit wird nicht entlohnt,
 457 beansprucht aber die Zeit, die sonst für eine bezahlte Anstellung vorhanden wäre. Umgekehrt arbeiten Frauen* deut-
 458 lich häufiger in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen, in denen sie oft ausgenutzt und ausgebeutet werden. Wir
 459 fordern deshalb:

- 460 • Bei Erwerb von Land für den Rohstoffabbau durch deutsche Firmen genau zu prüfen, ob und wie viele Haus-
 461 halte von diesem Land abhängen, und gegebenenfalls eine Entschädigung in Form von gleichwertigem Land
 462 an anderer Stelle oder ein Kaufverbot durchzusetzen.
- 463 • Finanzielle, technische und fachliche Unterstützung beim Aufbau dezentraler Infrastruktur, um Arbeiten im
 464 Haushalt zu erleichtern, Wege zu verkürzen, insbesondere durch einen guten Anschluss an die Wasser- und
 465 Gesundheitsversorgung, und bspw. das Gesundheitsrisiko durch offene Holzfeuer als Energiequelle in ge-
 466 schlossenen Räumen zu minimieren.
- 467 • Finanzielle, technische und fachliche Unterstützung beim Aufbau dezentraler Infrastruktur, um Arbeiten im
 468 Haushalt zu erleichtern, Wege zu verkürzen und bspw. das Gesundheitsrisiko durch offene Holzfeuer als En-
 469 ergiequelle in geschlossenen Räumen zu minimieren.
- 470 • Den Aufbau und die rechtliche Anerkennung von Gewerkschaften für Frauen* in prekären Arbeitsverhältnis-
 471 sen.

472 *Jede Stimme zählt – Wissen ist Macht*

- 473 • Eingeschränkte Zusammenarbeit und Sanktionierung von Ländern, die Frauen* die politische Mitbestimmung
 474 verweigern oder erschweren.
- 475 • Die Einführung einer Frauenquote für nationale Parlamente.
- 476 • Eingeschränkte Zusammenarbeit und Sanktionierung von Ländern, die Frauen* die politische Mitbestimmung
 477 verweigern oder erschweren.
- 478 • Die Auflage für Projekte im Globalen Süden, auf Repräsentation von Frauen* in der Zusammenarbeit und in
 479 der Entscheidungsfindung zu bestehen.
- 480 • Die Ausbildung insbesondere weiblicher Lehrkräfte zu fördern und auszuweiten
- 481 • Investitionen in die Ausstattung von Schulen, damit Lehrmaterial nicht von den Eltern bezahlt werden muss.

482 Bildung ist nicht nur Voraussetzung für eine angemessene Repräsentation, sondern auch ein mächtiges Instrument
 483 im Kampf gegen extreme Armut. Weltweit gehen ca. 130 Mio. Mädchen nicht nur Schule, was auch Folgen für die
 484 Gesundheitsversorgung hat: Frauen mit einer höheren Bildung haben in der Regel einen besseren Zugang zu wich-
 485 tigen gesundheitlichen Informationen. Nicht nur die mit der Ausstattung der Schülerinnen einhergehenden Kosten,
 486 sondern auch die Infrastruktur der Schulen, beispielsweise fehlende separate sanitäre Einrichtungen, bedeuten oft-
 487 mals einen Hinderungsgrund für den Schulbesuch. Die betroffenen Länder geben selbst nicht genug für Bildung aus,
 488 aber auch die Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit für Bildung sind seit 2002 von 13 auf 10% gesunken. Wir
 489 fordern daher:

- 490 • Einsatz bei den betroffenen Ländern für eine Erhöhung ihres Bildungsetats. Zielmarke sollen 5,8% des BIP
 491 sein.
- 492 • Einsatz für den Fokus auf Bildung bei den internationalen Geldgebern für Entwicklungszusammenarbeit.
- 493 • Priorisierung der Geldmittel auf Primar- und Sekundarbildung.
- 494 • Internationale Organisationen und multilaterale Instrumente, wie die ‚Global Partnership for Education‘ stär-
 495 ken.

- 496 • Die Regierungen der betroffenen Länder sollen einen Posten für eine*n Bildungsbeauftragte*n einrichten,
497 welche*r Bildungshemmnisse für Mädchen identifiziert, dafür sensibilisiert und Reformvorschläge ausarbeiten
498 soll.
- 499 • Förderung des Unterrichts der digitalen Kompetenzen.
- 500 • Einsatz für den gleichberechtigten Zugang zu allen schulischen Fächern.

501 Frauen* machen ungefähr 50% der Weltbevölkerung aus. Frauen*rechte müssen daher überall eine Selbstverständ-
502 lichkeit sein. Das gilt auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit - denn wir haben den Anspruch, Entwick-
503 lung nicht zu 50%, sondern zu 100% zu unterstützen. Alle hier geforderten Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen,
504 müssen auch für Menschen, die sich selbst als queer identifizieren, ebenso gefordert werden. Denn diese sind in vie-
505 len Ländern Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg 2020Karlsruhe, 19./20. September 202015 /
506 24 unmenschlichen Verfolgungen ausgesetzt.

507 Frauen* machen ungefähr 50% der Weltbevölkerung aus. Frauen*rechte müssen daher überall eine Selbstverständ-
508 lichkeit sein. Das gilt auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit - denn wir haben den Anspruch, Entwicklung
509 nicht zu 50%, sondern zu 100% zu unterstützen.

510 **Globale Institutionen der Gerechtigkeit**

511 *Repräsentative, durchsetzungsfähige und transparente Vereinte Nationen*

512 Gerade in den LDCs gibt es überproportional viele gewaltsame inner- und zwischenstaatliche Konflikte. Dementspre-
513 chend werden insbesondere dort zahlreiche Menschen Opfer von Gewalt, Raub und Tod. Allerdings haben diese
514 Konflikte auch strukturelle Armut innerhalb der Entwicklungsstaaten und fehlendes Wachstum zur Folge. Während
515 dem UN-Sicherheitsrat eigentlich die Aufgabe zukommen sollte, in diesen Fällen zu schlichten, sehen wir, dass der Rat
516 dieser Verpflichtung zu häufig nicht nachkommt. Grund hierfür ist das umstrittene Veto-Recht der ständigen Mitglie-
517 der, die sich oft genug gegenseitig blockieren, wenn es um die Abstimmung gesammelter UN-Friedenseinsätze und
518 Blauhelmissionen geht. Wir sind uns sicher: Die Vereinten Nationen können ihre ordnungs- und friedenspolitische
519 Macht nur behaupten, wenn das Veto-Recht bei besonders schweren Fällen reformiert wird. Dabei ist der Sicher-
520 heitsrat auch durch erhebliche Machtasymmetrien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Globalem Süden
521 und Globalem Norden geprägt. Mit Afrika und Südamerika sind zwei Kontinente, welche nicht nur einen großen Teil
522 der Weltbevölkerung beheimaten, sondern auch die allermeisten Entwicklungsländer, nicht durch einen ständigen
523 Sitz im UN-Sicherheitsrat vertreten. Wir streben deshalb eine Reform des UN-Sicherheitsrates an:

- 524 • Das heutige Veto-System, das den UN-Sicherheitsrat allzu oft handlungsunfähig macht, muss so eingeschränkt
525 werden, dass dieser auch dann für Frieden und Menschenrechte einstehen kann, wenn dies den Interessen
526 einer Veto-Macht entgegenläuft.
- 527 • Lösungsorientiert beispielsweise über eine Regionen-Quote nachzudenken, die unter anderem Staaten der
528 L.69-Gruppe zugutekäme.
- 529 • Insgesamt die Erhöhung der Zahl von nichtständigen Mitgliedern, um so eine repräsentative Verteilung inner-
530 halb des UN-Sicherheitsrats sicherzustellen.
- 531 • Die Bestrebungen, der Europäischen Union einen permanenten Sitz im Rat zu erhalten, wollen wir weiter
532 bestärken.

533 Es ist ebenfalls notwendig, die UN-Vollversammlung in ihren Rechten und sicherheitspolitischen Kompetenzen zu
534 stärken. So kann auch die Rolle der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Konfliktherden wieder in den Vorder-
535 grund gerückt werden. Grundsätzlich wollen wir die Vereinten Nationen finanziell sowie in ihrer Organisationsstruktur
536 stärken. Ein Beispielgremium hierfür ist der sogenannte Menschenrechtsrat, für den sich sowohl Bundesregierung
537 als auch Europäische Union weiter einsetzen müssen. Dabei ist jedoch wichtig, dass Staaten, die seine Grundsätze
538 brechen, die Handlungsfähigkeit des Rats nicht länger unterlaufen können. Vorstellbar sind künftig Auswahlkrite-
539 rien, die sich an den Universal Periodic Reviews der UN-Behörden orientieren. Denn nur wenn mehr Einigkeit auf
540 internationaler Ebene gewährleistet ist, kann globale Gerechtigkeit - auch in Entwicklungsländern - erreicht werden.

541 Die Vereinten Nationen, wie wir sie uns wünschen, stehen zu ihren Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenar-
542 beit. Wir wollen auch von internationaler Seite die Entwicklungspotentiale gerade der Länder in Betracht ziehen und

543 konkret fördern, die bisher nicht auf der Gewinnerseite der Geschichte standen. Somit treten wir für einen fairen Aus-
 544 gleich zwischen Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern ein. Ausgaben für Entwicklungszusammenar-
 545 beit müssen erhöht sowie die Art ihrer Implementierung verändert werden. Wir wollen zukunftssträchtig investieren,
 546 systematisieren, vernetzen und strukturieren. Kooperation und Koordination auch in der UN stehen für uns im Zen-
 547 trum. So fordern wir:

548 • Die strukturelle Stärkung des*der hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenent-
 549 wicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer.

550 • Mehr Transparenz und die tiefere Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen auf Ebene der UN
 551 in diesem Themenkomplex zur Bekämpfung von Club Governance sowie informellen Kooperations- und Ab-
 552 stimmungsmechanismen zwischen Staaten.

553 • Konsequente Bereitstellung von Mitteln für Friedens- und Ordnungspolitik.

554 Zur zukünftigen Partnerschaft zwischen Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern gehört auch ein sen-
 555 sibler Umgang mit unserer gemeinsamen Geschichte. Insbesondere kommt der Aufarbeitung unserer kolonialen
 556 Vergangenheit Bedeutung zu, die zu vielen - bis heute andauernden - Problemen in den betroffenen Ländern geführt
 557 hat. Daher fordern wir:

558 • Einrichtung eines*r Kolonialismus-Beauftragte*n im BMZ, die*der bei bestehenden und neuen Projekten den
 559 Fokus auf sensible Stellen, die sich aus der kolonialen Vergangenheit ergeben, legen kann und die*der Nach-
 560 wirkungen unseres westlichen Kolonialismus in den Partnerländern identifiziert.

561 • Intensivierung des Austausches mit Nachkommen der Geschädigten und NGOs, sowie Regierungsvertre-
 562 ter*innen.

563 • Sensibilität für die Einrichtung neuer Projekte, die sich dezidiert mit den kolonialen Nachwirkungen auseinan-
 564 dersetzen.

565 • Prüfung von Entschädigungszahlungen.

566 • Mehr Transparenz und die tiefere Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen auf Ebene der UN
 567 in diesem Themenkomplex zur Bekämpfung von Club Governance sowie informellen Kooperations- und Ab-
 568 stimmungsmechanismen zwischen Staaten.

569 Das Römische Statut ist eine große institutionelle Errungenschaft der Jahrtausendwende. Mit dem Internationalen
 570 Strafgerichtshof (IStGH) gibt es seitdem endlich eine zuständige Stelle für die internationale Verfolgung von Völkermord,
 571 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und dem Verbrechen der Aggression. Denn die Tä-
 572 ter*innen solcher Verbrechen als internationale Gemeinschaft zu verfolgen, ist ein wichtiger Beitrag zur globalen
 573 Gerechtigkeit. Wir bedauern deshalb sehr, dass nur 123 Staaten das Römische Statut unterzeichnet und ratifiziert
 574 haben. Deutschland und die Europäische Union müssen sich verstärkt dafür einsetzen, dass weitere wichtige Staa-
 575 ten, wie die USA, Russland, China, Indien, die Türkei und Israel, dem Abkommen beitreten und die Verfolgung der
 576 Kernverbrechen des Völkerstrafrechts effektiv erfolgen kann. Die Kritik an der bisherigen Arbeit des IStGH lehnen
 577 wir ab und stellen uns damit an die Seite vieler Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Ja, der Ge-
 578 richtshof verfolgt vielfach afrikanische Fälle, ein Großteil dieser Fälle wird allerdings von den betroffenen Staaten
 579 selbst an den IStGH verwiesen. Ihm deshalb rassistisches und imperialistisches Handeln vorzuwerfen, greift zu kurz.
 580 Vielmehr muss unser Ziel sein, das Gericht zu stärken und die Jurisdiktion auf die oben genannten kritischen – teils
 581 westlichen – Staaten auszuweiten. Gleichzeitig nehmen wir zur Kenntnis, dass die Unabhängigkeit des internationalen
 582 Gerichtshofes vielfacher und oftmals mächtiger Einflussnahme ausgesetzt ist. Geostrategische Interessenslagen und
 583 imperiale Einflussnahme bedrohen immer wieder eine Aufarbeitung internationaler Straffälle. Wir weisen solche Art
 584 der Beeinflussung klar zurück und fordern von der EU sich zukünftig noch stärker für den Schutz der Unabhängigkeit
 585 des Gerichtes einzusetzen.

586 **Eine neue Weltwirtschaftsordnung**

587 *Steuern, Steuern, Steuern*

588 Wir sind der Überzeugung: faire Steuern schaffen Gerechtigkeit und sind Schlüsselinstrument, um multinationale
 589 Konzerne an den Kosten der Allgemeinheit zu beteiligen. Gerade Staaten des globalen Südens sind auf den Aufbau

590 von kontinuierlichen, stabilen Geldströmen angewiesen. Es braucht ein gerechtes, international abgestimmtes Steu-
 591 ersystem, um mehr Mittel für Entwicklungsländer bereitstellen und globale Wirtschaftskräfte dezentralisieren zu kön-
 592 nen, sodass allen Menschen Teilhabe ermöglicht wird. Der Wettlauf zu den niedrigsten Unternehmenssteuersätzen
 593 (race to the bottom) zwischen Staaten muss beendet werden. Wir fordern in diesem Sinne:

- 594 • Einen international vereinbarten Mindeststeuersatz, von dem Staaten nach oben hin abweichen dürfen.
- 595 • Unternehmen, die über Tochtergesellschaften Gewinne in Länder verlagern, in der der Mindeststeuersatz ein-
 596 seitig unterschritten wird, durch staatliche Behörden in Höhe der Differenz zwischen diesem und dem aus-
 597 ländischen Steuersatz nachzubesteuern.
- 598 • Dass sich Steuern in Zukunft nicht allein am Ort der Produktion bemessen lassen. Die bisherige Besteuerung
 599 nur nach dem Unternehmenssitz muss ergänzt werden. Steuern sollen zunehmend insbesondere dort gezahlt
 600 werden, wo letztendlich auch Umsätze gemacht werden.

601 Insgesamt muss der Kampf gegen Steuerflucht einen höheren Stellenwert bekommen. Nach dem Dreiklang „Kon-
 602 zerne besteuern - Steuerkriminalität bekämpfen - Steuerdumping beenden“ wollen wir darauf hinwirken, dass ins-
 603 besondere multinationale Unternehmen ihren fairen Anteil für eine Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-
 604 Württemberg 2020Karlsruhe, 19./20. September 202018 / 24 weltweit solidarische Gesellschaft leisten. Banken und
 605 Beratungsagenturen, die an internationaler Steuerhinterziehung beteiligt sind, sollen in Zukunft schärfer verfolgt
 606 werden. Es darf nicht länger eine Frage ökonomischer Folgenabschätzungen sein, ob Steuerbetrug bekämpft wird.
 607 Es braucht eine Koalition der Willigen, um internationale Steuergrundsätze durchzusetzen. Deshalb setzen wir uns
 608 ein für:

- 609 • Meldepflichten für Banken, das Einfrieren verdächtiger Guthaben und eine verbesserte Strafverfolgung gegen
 610 Steuerhinterziehung zwischen allen Staaten.
- 611 • Den Aufbau einer dazugehörigen supranationalen Sondereinheit nach dem Vorbild Großbritanniens.
- 612 • Weltweite Transparenz-Richtlinien. Unter anderem soll das sogenannte Country-by-Country-Reporting – län-
 613 derbezogene Berichte multinationaler Konzerne an Finanzbehörden, um Informationen zu unternehmeri-
 614 schen Aktivitäten und potenziell steuerlichen Risiken grenzüberschreitender Konzernstrukturen zu sammeln
 615 und zu prüfen – ausgeweitet werden. Der automatische Austausch zwischen allen Staaten muss zur Regel wer-
 616 den, nach Möglichkeit sollen diese Berichte auch durch die breite Öffentlichkeit eingesehen werden können.
- 617 • Eine notfalls scharfe multilaterale Sanktionierung von Staaten, die sich dem widersetzen.
- 618 • Eine EU-weite gemeinsame Finanztransaktionssteuer, im Rahmen eines international gerechten Steuersys-
 619 tems.
- 620 • Eine notfalls scharfe multilaterale Sanktionierung von Staaten, die sich dem widersetzen.

621 *EPAs zum Vorteil Afrikas umgestalten*

622 Ausgehend vom Cotonou-Abkommen verhandelt die Europäische Union sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsab-
 623 kommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) mit den AKP-Staaten. Eine Ordnung der wirtschafts- und han-
 624 delpolitischen Beziehungen zwischen Europa und den afrikanischen Staaten ist zwar notwendig, muss jedoch deren
 625 spezifische Bedürfnisse berücksichtigen und darf nicht primär von europäischen Eigeninteressen geleitet sein. Wir
 626 lehnen deshalb den politischen Druck, den die EU auf afrikanische Staaten zur Ratifizierung entsprechender EPAs
 627 ausübt, kategorisch ab. Viel mehr sind die Bedenken der afrikanischen Partner in eine Weiterverhandlung der EPAs
 628 einzubeziehen. Dabei braucht Afrika keinen besseren Marktzugang zu Europa – die meisten Staaten unterliegen als
 629 LDCs ohnehin keinen Zollbeschränkungen – , insbesondere dann, wenn dieser im Gegenzug, den WTO-Kriterien der
 630 Reziprozität folgend, auch den europäischen Staaten unbeschränkten Marktzugang in Afrika gewährt. EPAs müs-
 631 sen für alle Staaten und nicht nur Nicht-LDCs wie Südafrika positive Effekte haben. Die EPAs in der jetzigen Form
 632 zwingen afrikanische Staaten damit zur Öffnung der Wirtschaft für europäische Importe und zerstören folglich loka-
 633 le Wirtschaftsstrukturen. Vielmehr müssen EPAs jedoch zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas beitragen. Deshalb
 634 muss/müssen:

- 635 • Die Errichtung von Industrie, heimischer Wirtschaft und langen Wertschöpfungsketten gefördert werden.

- 636 • Den afrikanischen Staaten im Rahmen der EPAs die Möglichkeit eingeräumt werden, temporär Importschutz-
 637 regelungen zu erlassen und Exportzölle zu erheben. Schutzmechanismen (Importzölle, Importverbote, Zoll-
 638 quoten) müssen auch zum Schutz der einheimischen Wirtschaft und zum Aufbau neuer Sektoren und nicht nur
 639 bei Importschwemmen Anwendung finden können. Die Regelungsmöglichkeiten bei Importschwellen müssen
 640 auch auf alte Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg 2020Karlsruhe, 19./20. September
 641 202019 / 24
- 642 Handelsbeziehungen und Produkte ausgedehnt werden können.
- 643 • Die in den EPAs enthaltenen Rendezvous-Klauseln nicht oder in zukünftigen Verhandlungen rücksichtsvoll
 644 verhandelt werden.
- 645 • Die einseitige Ausweitung der Handelsbeziehungen auch auf andere Sektoren gesteuert und notfalls gestoppt
 646 werden.
- 647 • Eine finanzielle Kompensation zukünftiger Zollwegfälle gezahlt werden.
- 648 Darüber hinaus fordern wir, dass einzelne Staaten durch EPAs nicht vom Markt ausgeschlossen und damit benach-
 649 teiligt werden, sowie generell keine EPAs mit einzelnen Staaten abzuschließen. Um das Ziel regionaler Integration zu
 650 erreichen, müssen Individualabkommen durch Abkommen mit afrikanischen Regionalgemeinschaften bzw. der AU
 651 geschlossen werden. Dies muss auch rückwirkend für bereits ratifizierte EPAs gelten.
- 652 Darüber hinaus fordern wir, EPAs nicht mit einzelnen Staaten abzuschließen. Um das Ziel regionaler Integration zu
 653 erreichen, müssen Individualabkommen durch Abkommen mit afrikanischen Regionalgemeinschaften bzw. der AU
 654 geschlossen werden. Dies muss auch rückwirkend für bereits ratifizierte EPAs gelten.
- 655 Ein universales Nachfolgeabkommen für das 2020 auslaufende Cotonou-Abkommen, das regionale Differenzierun-
 656 gen zulässt, ist deshalb weiterhin notwendig. Als Grundlage der Beziehungen zwischen Afrika und Europa ist es in
 657 Zeiten erodierenden Multilateralismus umso wichtiger. Hierbei gilt es Schutz, Förderung und Rahmenbedingungen
 658 von Investitionen in die Verhandlungen aufzunehmen. Damit Verhandlungen auch in Zukunft zu für alle Seiten er-
 659 folgreichen Ergebnisse führen, wollen wir:
- 660 • In zukünftigen wirtschafts- und handlungspolitischen Verhandlungen mit Afrika als Ganzem stets zivilgesell-
 661 schaftliche Akteure direkt einbinden.
- 662 • Liberalisierungskorridore zwischen 55 und 65 Prozent fixieren.
- 663 • In Erweiterung zu WTO-Recht besonders auf Nachhaltigkeitskapiteln in Handelsverträgen achten.
- 664 • Ein modernes Investitionsschutzabkommen zwischen Afrika und Europa, das bestmöglich Teil des Cotonou-
 665 Nachfolgeabkommens ist.
- 666 Die African Continental Free Trade Area (AfCFTA) der AU unterstützen wir ausdrücklich. Zugleich bewegt sich die
 667 AfCFTA teilweise imWiderspruch zu regionalen Gemeinschaften wie EAC, ECOWAS und SADC. Es gilt, eine gute Balance
 668 zwischen regionaler und kontinentaler Integration zu finden.
- 669 *Eine internationale Wirtschaftsordnung für das 21. Jahrhundert*
- 670 Handlungsbeziehungen WTO-konform auszugestalten und das Prinzip der Reziprozität international zu institutiona-
 671 lisieren, wie es auch die EPAs vornehmen, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Welt, in der alle Staaten einander die
 672 gleichen Handelsbeziehungen gewähren und gleichberechtigt miteinander Wirtschaften. Dieses politische Ideal setzt
 673 jedoch voraus, dass alle Partner*innen ähnliche Ausgangsbedingungen haben. Preferential treatments im Rahmen
 674 der WTO sind deshalb solange notwendig, wie es Entwicklungsländer gibt. Für ein gerechtes Handelsregime auf Ebene
 675 der WTO wollen wir deshalb:
- 676 • Dass die EU sich bei der WTO für eine universale Sonderregelung für ganz Afrika einsetzt.
- 677 • Die WTO-Empfehlungen an Industriestaaten, Niedrigeinkommensstaaten einseitig Zollpräferenzen zu gewäh-
 678 ren, in ein verpflichtendes WTO-Abkommen überführen.
- 679 • Den Art. 24 GATT ausbauen, um längere Umsetzungsphasen für Wirtschaftsabkommen, niedrigere Liberalisie-
 680 rungskorridore und die kurzfristige einseitige Einführung bisher reduzierter Zölle zu ermöglichen. Für Importe
 681 aus LCDs sollten allgemein keine Zölle erhoben werden.

682 Über die Ausgestaltung der internationalen Handlungsbeziehungen hinaus muss globale Wirtschaft insgesamt an-
 683 ders funktionieren. Es braucht in bestimmten Sektoren geringere internationale Arbeitsteilung, ein allgemeines Ver-
 684 ständnis der Kooperation anstatt Konkurrenz bei gleichzeitiger Ausnutzung von Spezialisierungsvorteilen und eine
 685 globale Kreislaufwirtschaft, die Nachhaltigkeit ernst nimmt.

686 *Menschenrechte im internationalen Wirtschaftssystem*

687 Transnationale Unternehmen (TNCs) haben einen immensen Einfluss auf unsere internationale Wirtschaftsordnung.
 688 Ihre Wirtschaftskraft ist oft größer als die mehrerer Nationalstaaten. Dieser Macht etwas entgegenzusetzen, stellt
 689 Staaten nicht nur im Bereich der Besteuerung vor Herausforderungen. Menschenrechtsstandards gegenüber TNCs
 690 effektiv durchzusetzen, ist in der aktuellen Rechtslage schwierig. Zwar sind TNCs über die völkerrechtliche Verpflichtung
 691 von Staaten mittelbar an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden, in der Praxis ergeben sich durch das
 692 grenzübergreifende Agieren der Konzerne aber gravierende Probleme bei der tatsächlichen Durchsetzung. Oft scheitert
 693 die Menschenrechtsbindung auch schlicht am fehlenden Willen einzelner Staaten. Die Einführung eines Lieferketten-
 694 tengesetzes, das deutsche Unternehmen vor deutschen Gerichten für die Sozial- und Umweltstandards von Zulieferern
 695 verantwortlich macht, ist dringend notwendig. Dabei darf es aber nicht bleiben. Wir fordern:

- 696 • Schnell eine europäische Lösung zu finden und als EU bei diesem Thema auch international mit einer Stimme
 697 zu sprechen.
- 698 • Angelehnt an den Vorschlag der UN-Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights die
 699 unmittelbare Bindung von TNCs an die Menschenrechte. Die Einhaltung muss danach international kontrolliert
 700 und durchgesetzt werden.
- 701 • Wir wollen in diesem Zuge insbesondere Unternehmen fördern, die nachhaltig wirtschaften.
- 702 • Angelehnt an den Vorschlag der UN-Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights die
 703 unmittelbare Bindung von TNCs an die Menschenrechte. Die Einhaltung muss danach international kontrolliert
 704 und durchgesetzt werden.

705 Auch die bestmögliche Entwicklungszusammenarbeit wird die Ungleichheiten der Welt kurz- und mittelfristig nicht
 706 beheben. Migrationsbewegungen wird es auch in Zukunft geben – in einer gerechten Welt weniger Flucht-, aber mehr
 707 Arbeitsmigration. Oftmals ist sie dabei Ausdruck globaler Ungleichheiten, das Recht auf Migration ist weltweit unter-
 708 schiedlich verteilt. Eine progressive Migrationspolitik muss deshalb für gleiche Bewegungsrechte für alle eintreten,
 709 ohne die Wichtigkeit der Staatenbindung zu vernachlässigen. Deshalb bekennen wir uns explizit zum Global Compact
 710 for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM). Migration ist aber nicht nur Ausdruck von Ungleichheiten, sondern
 711 kann selbst zu diesen beitragen. Es müssen deshalb Regelungsregime gefunden werden, die nicht nur Migration,
 712 sondern auch ihre Folgen für Abgabe- und Empfängerländer gerecht verteilen. Wir wollen vor allem aber aktiv die
 713 Bedingungen in den Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg 2020Karlsruhe, 19./20. September
 714 202021 / 24 Herkunftsländern verbessern. Wir müssen den zu uns kommenden Personen das bestmögliche Leben
 715 ermöglichen, aber auch die zurückgebliebenen, allerärmsten Menschen nicht vergessen. Eine Politik offener Grenzen
 716 allein kann nicht für globale Gerechtigkeit sorgen. Daraus folgt für uns jedoch nicht die Abschottung oder Begrenzung
 717 von Migration, sondern vielmehr die Verpflichtung, Menschen des globalen Südens auf andere Weise zu unterstützen.

718 Auch die bestmögliche Entwicklungszusammenarbeit wird die Ungleichheiten der Welt kurz- und mittelfristig nicht
 719 beheben. Migrationsbewegungen wird es auch in Zukunft geben – in einer gerechten Welt weniger Flucht-, aber mehr
 720 Arbeitsmigration. Oftmals ist sie dabei Ausdruck globaler Ungleichheiten, das Recht auf Migration ist weltweit unter-
 721 schiedlich verteilt. Eine progressive Migrationspolitik muss deshalb für gleiche Bewegungsrechte für alle eintreten,
 722 ohne die Wichtigkeit der Staatenbindung zu vernachlässigen. Deshalb bekennen wir uns explizit zum Global Compact
 723 for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM). Migration ist aber nicht nur Ausdruck von Ungleichheiten, sondern
 724 kann selbst zu diesen beitragen. Es müssen deshalb Regelungsregime gefunden werden, die nicht nur Migration, son-
 725 dern auch ihre Folgen für Abgabe- und Empfängerländer gerecht verteilen. Dabei erkennen wir an, dass Migration an
 726 sich kein effektiver Lösungsmechanismus ist, um globale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Zum einen, weil viele aus
 727 Armut migrierende Personen in ihren Herkunftsländern zu den höheren Schichten gehören, zum anderen, weil die
 728 Aufnahmekapazitäten aller Industrienationen – auch wenn sie in Zukunft massiv auf Einwanderung angewiesen sind
 729 – begrenzt sind. Wir müssen den zu uns kommenden Personen das bestmögliche Leben ermöglichen, aber auch die

730 zurückgebliebenen, allerärmsten Menschen nicht vergessen. Eine Politik offener Grenzen allein kann nicht für globa-
731 le Gerechtigkeit sorgen. Daraus folgt für uns jedoch nicht die Abschottung oder Begrenzung von Migration, sondern
732 vielmehr die Verpflichtung, Menschen des globalen Südens auf andere Weise zu unterstützen.

733 *Brain circulation statt Brain drain*

734 Beim Phänomen des Brain drain kommt es zu systematischen Migrationsbewegungen hochqualifizierter Arbeitskräf-
735 te aus einem Abgabeland in eines oder mehrere Empfängerländer. Für die Abgabeländer entstehen negative Effekte,
736 sie tragen die Ausbildungskosten, verlieren Humankapital und müssen, wie im vergangenen Jahrhundert im afrika-
737 nischen Medizinsektor, unter dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftssektoren leiden. Demgegenüber profitieren
738 die Aufnahmeländer, sie haben keine Ausbildungskosten, neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und einen
739 Zuwachs an Humankapital. Die wissenschaftliche Forschung geht zwar immer mehr dazu über, diese internationa-
740 len Migrationsprozesse reziproker unter dem Begriff Brain circulation zu verstehen. Dies ist allerdings vor allem für
741 Entwicklungsländer mehr normatives Ideal denn empirische Realität.

742 Wir sind davon überzeugt, dass es politische Veränderungen braucht, um Brain circulation zu erreichen. Wir müs-
743 sen Abgabeländern ausreichende Kompensationen und mehr Steuerungsmöglichkeiten zukommen lassen. Deshalb
744 fordern wir:

- 745 • auf internationaler Ebene über direkte Kompensationszahlungen nachzudenken. Kompensationszahlungen
746 nachzudenken.

747 Was ist eine solche Dienstpflicht anderes als ein Auswanderungsverbot? Der Grundsatz muss klar sein, dass niemals
748 ein Mensch dazu gezwungen werden darf, irgendwo zu arbeiten, wo sie*er nicht möchte. Die geforderte Dienstpflicht
749 grenzt an Arbeitszwang, die wir aus unserer Haltung als Jusos ablehnen.

- 750 • Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, für Migrierende vor der Ausreise eine Dienstpflicht festzulegen,
751 beispielsweise, indem die Ausreisepapiere erst ein Jahr nach dem Ausbildungsabschluss erworben werden
752 können. Dies ist freiheitlicher als generelle Auswanderungsverbote, setzt jedoch voraus, dass vor Ort Beschäf-
753 tigungsperspektiven eröffnet werden.

- 754 • Eine Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FachKrEG). Migriert eine Fachkraft aus einem Ent-
755 wicklungsland zu uns, wird für diese einer weiteren Person aus dem Herkunftsland in Deutschland eine Beru-
756 fersausbildung oder ein Studium ermöglicht, nachdem die Person frei entscheiden kann, ob sie in ihr Her-
757 kunftsland zurückkehren möchte. Wir wünschen uns, dass möglichst viele Menschen diese Möglichkeit wahr-
758 nehmen, weil sie als Multiplikator*innen in ihren Herkunftsländern wichtige Arbeit leisten können. Sollte sich
759 eine Person dafür entscheiden, so muss sie alle notwendige Unterstützung seitens der deutschen Entwick-
760 lungspolitik erhalten, um zu einer positiven Fortentwicklung des jeweiligen Staates beitragen zu können. Auch
761 der Aufbau von Ausbildungskapazitäten vor Ort muss in diesem Zuge gestärkt werden.

- 762 • Eine Novellierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FachKrEG). Migriert eine Fachkraft aus einem Ent-
763 wicklungsland zu uns, wird für diese einer weiteren Person aus dem Herkunftsland in Deutschland eine Berufs-
764 ausbildung oder ein Studium ermöglicht, um danach wieder in das Entwicklungsland zurückzukehren. Auch
765 der Aufbau von Ausbildungskapazitäten vor Ort muss in diesem Zuge gestärkt werden.

- 766 • Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, insbesondere aus Entwicklungsländern, abzuschaffen.

767 Auch die Diaspora, d.h. Gruppen von Migrant*innen aus dem gleichen Herkunftsland, wollen wir als Entwicklungsak-
768 teure systematisch stärken. Diese setzen sich häufig für die Verbesserung der Situation der Gruppe im In- und Aus-
769 land ein und können hierbei durch ihre besondere Verbundenheit und Kenntnisse über die Situation vor Ort wichtige
770 Beiträge leisten. Positive Effekte durch den Transfer sozialer Normen, Rücküberweisungen (remittances), Unterneh-
771 mensgründungen, Direktinvestitionen auch bei höherem wirtschaftlichem Risiko, Wissenstransfer, Konfliktmediation
772 und politische Beteiligung in den Herkunftsländern muss Deutschland aktiv unterstützen. Bisher haben hier nur Rück-
773 überweisungen besondere Bedeutung. So wurden laut Weltbank 2019 ca. 549 Milliarden Dollar von Migrant*innen
774 zurück in ihre Herkunftsländer überwiesen, dies übersteigt die ODA. In kleineren Ländern haben diese Geldflüsse
775 einen großen Anteil an der Wirtschaftsleistung, in Tadschikistan, Kirgistan und Tonga beispielsweise ca. 25% des BIP.
776 Für einzelne Familien sind solche Rücküberweisungen oftmals essentiell und sorgen dafür, dass die Armut in den

777 entsprechenden Ländern genauso wie die globale Ungleichheit zwischen Ländern reduziert wird. Zugleich können je-
778 doch Abhängigkeiten entstehen, wenn die Rücküberweisungen nur für den privaten Konsum verwendet werden. Wir
779 fordern:

- 780 • Kosten für Rücküberweisungen zu senken.
- 781 • Diaspora-Netzwerke stärker in die Arbeit der Entwicklungsdienste, des BMZ und anderer Entwicklungsakteure
782 einzubeziehen – sowohl bei Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen als auch politischer Unterstüt-
783 zung der Entwicklungsländer.
- 784 • Durch Kooperation mit der Diaspora und den Empfängern die remittances möglichst strategisch und nach-
785 haltig zu investieren. Zudem muss ein Anwachsen der Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft vermieden
786 werden, da Menschen, die Migration nicht finanzieren können, keine Rücküberweisungen erhalten.

787 *Fluchtursachen bekämpfen, Heimat erneuern*

788 258 Millionen Menschen migrieren jedes Jahr auf internationaler Ebene, davon sind fast 70 Millionen Menschen welt-
789 weit auf der Flucht. Viele Menschen fliehen dabei erst in benachbarte Regionen, da sie auf eine zeitnahe Rückkehr
790 hoffen. Wir müssen deshalb Erstaufnahmeregionen wie den Libanon stärker unterstützen und für humane Bedin-
791 gungen in Flüchtlingslagern sorgen. Ebenso gilt es, Rückkehrperspektiven auch für nach Deutschland geflüchtete
792 Menschen zu eröffnen, um in ihren Heimatländern zum Wiederaufbau und einer starken Zivilgesellschaft beizutra-
793 gen. Von besonderer Bedeutung ist für uns die BMZ angesiedelte Perspektive Heimat. Wir fordern, diese systematisch
794 auszubauen. Das Ziel muss es sein, allen Rückkehrenden aus Deutschland ein Jobangebot im Herkunftsland zu ma-
795 chen. Hierbei braucht es:

- 796 • Verstärkte Partnerschaften mit deutschen Unternehmen und Betrieben. Auch deshalb müssen diese endlich
797 in Entwicklungsländern investieren.
- 798 • Einen Ausbau der lokalen Beratungszentren und eine Ausweitung auf neue Länder, insbesondere in
799 Subsahara-Afrika. Da die Rückkehrberatung nur bei einer entsprechenden Anzahl an Rückkehrenden sinn-
800 voll ist, sollen diese Zentren insbesondere die Menschen vor Ort unterstützen.
- 801 • Im Zuge von BMZ 2030 koordinierte Bemühungen, um auch in diesem Bereich eine verstärkte internationale
802 Aufteilung und Kooperation zu erreichen.

803 Durch Anlaufstellen direkt in den Ländern wollen wir auch irregulärer und gefährlicher Migration vorbeugen und statt-
804 dessen Zukunftsperspektiven vor Ort schaffen. Neben der kurzfristigen Krisenbewältigung durch Notfallversorgung,
805 Überlebenshilfe und Infrastruktur müssen mittel- und langfristig Bildungsmöglichkeiten, Wirtschaft und Staatlichkeit
806 aufgebaut werden – eben durch eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit und eine gerechte internationale Ord-
807 nung. Dabei dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Entwicklung führt kurzfristig immer zunächst zu einem An-
808 stieg von Migration. Für die Gestaltung einer Welt ohne Flucht, Armutsmigration und Brain drain braucht es deshalb
809 Geduld und dauerhaftes Engagement, das sich nicht an kurzfristigen Erfolgen orientiert.